Nummer 584

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Ziegler. Kunst und Wissenschaft: Franz Lüppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 74. Jahrgang Donnerstag, 13. Dezember 1928

Severing wieder in Düsseldorf

Heute Verhandlungen mit den Gewerkschaften.

Im Laufe des heutigen Vormittags haben in Düsseldorf die Besprechungen des Reichsministers des Innern Severing mit den Vertretern der Metallarbeiterverbände zur Beilegung des Lohnkonflikts in der Nordwestgruppe begonnen. Ob und wann Einzelheiten über die Verhandlungen gebracht werden können, steht noch nicht fest. Der Arbeitgeberverband Nordwest hat entgegen anderen Meldungen, daß bereits am Freitag vormittag Besprechungen seiner Vertreter mit dem Minister stattfinden sollen, noch keine Einladung zu derartigen Besprechungen erhalten.

Grundlage dieser Verhandlungen soll, wie verlautet, ein von Severing ausgearbeiteter Vorschlag sein, der darauf gerichtet ist, doch noch im Wege freier Vereinbarung eine Einigung zu ermöglichen und damit einen Schlichterspruch Severings zu vermeiden. Von dem Ergebnis der Besprechungen mit den beiden Parteien hängt jedenfalls nun die Art der endgültigen Beilegung des westdeutschen Eisenstreites ab. Im übrigen dürfte der Vorschlag Severings sich kaum wesentlich von dem von ihm zu fällenden neuen Schiedsspruch, dem zu unterwerfen sich ja bekanntlich beide Parteien verpflichtet haben, unterscheiden. Für den Fall, daß Severings Vorschlag keine Annahme finden wird, soll der Schiedsspruch unmittelbar gefällt werden. Die Verhandlungen dauern noch an.

Gesamtkündigung in der westsächsischen Textilindustrie?

Wie unser Dresdener do-Mitarbeiter zuverlässig erfährt, haben der Vorstand und die große Lohnkommission der westsächsischen Textilindustriellen beschlossen, eine Generalversammlung der westsächsischen Textilindustrie einzuberufen. Der Zweck dieser Generalversammlung wird sein, eine Kündigung der gesamten Textilarbeiterschaft des westsächsischen Industriegebietes vorzunehmen.

Heute lief die Frist für die Erklärung der beiden streitenden Parteien in der ostsächsischen Textilindustrie zum Schiedsspruch ab, der eine Erhöhung von fünf Prozent vorsah. Beide Parteien haben heute die Erklärung abgegeben, daß sie den Schiedsspruch ablehnen.

Noch immer ernste Besorgnis.

König Georg zum zweiten Male punktiert.

London, 13. Dezember.

Gestern gegen 21 Uhr wurde in einem Bulletin mitgeteilt, daß der von uns bereits angekündigte zweite operative Eingriff noch an demselben, Tage, an dem die erste Punktierung erfolgte, durchgeführt wurde: „Eine am König vorgenommene Punktion der rechten Brustseite ist heute abend erfolgreich durchgeführt worden. Das Befinden ist befriedigend." Das Bulletin ist von sechs Aerzten unterzeichnet. Um Mitternach wurde eine halboffiziöse Mitteilung herausgegeben: „Das Befinden des Königs ist weiterhin zufriedenstellend".

Nach dem heute vormittag ausgegebenen Krankheitsbericht hat der König etwas Schlaf gehabt. Der örtliche Befund ist zufriedenstellend. Der König leidet an beträchtlicher Schwäche, aber der Pulsschlag ist regelmäßig und die Krankheit macht keine Fortschritte.

Die gestern abend am König vorgenommene Operation war um 19.50 Uhr beendet. Der Chirurg war Sir Hugh Rigby. Der Prinz von Wales, der Herzog und die Herzogin von York befanden sich bei der Königin, während die Operation ausgeführt wurde. Die Operation erfolgte auf die Entdeckung der Flüssigkeit im Brustfell, von der ein Teil schon vormittag durch Punktion entfernt wurde. Die Infektion, die in der rechten Lunge lokalisiert worden war, hatte sich allgemein durch den Körper verbreitet, und dieser Umstand hatte die ernste Besorgnis, die während der letzten beiden Tage herrschte, verursacht. Man hätte die Operation nicht durchführen können, wenn nicht die Widerstandskraft des Königs trotz seiner nunmehr 22 Tage dauernden Krankheit aufrechterhalten geblieben wäre. Die während der letzten zwei Tage gehegte große Besorgnis hat sich vermindert, wenn man sich auch darüber klar ist, daß dem König noch ein langer und schwerer Kampf bevorsteht.

Bundesrat Dr. Haab, der neue schweizerische Bundespräsident.

Bern, 13. Dezember.

Die Vereinigte Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat) nahm heute vormittag die Wahlen für die Regierungsmitglieder des kommenden Jahres 1929 vor. Es wurden die bisherigen Bundesräte Motta, Scheurer, Haab, Schultheß, Musy, und Haeberlin in ihren Aemtern neu bestätigt. Neu gewählt wurde mit 151 von 224 gültigen Stimmen Nationalrat Pilet-Golaz als Nachfolger für den zurückgetretenen Bundesrat Chuard. Das Amt des Bundespräsidenten fiel mit 178 von 182 gültigen Stimmen an den augenblicklichen Vizepräsidenten des Bundesrats, Dr. Robert Haab.

Der neue Bundespräsident Dr. Haab wurde am 8. August 1868 in Wädenswil im Kanton Zürich geboren. Nach juristischen Studien war er von 1890 bis 1899 in seinem Heimatsort als Anwalt tätig, dessen Gemeindepräsident auf eine Dauer von sechs Jahren er bald wurde. Schon im Jahre 1911 berief ihn der Bundesrat auf Antrag des Verwaltungsrates der Bundesbahnen in die Generaldirektion derselben. Seine staatsmännische Einsicht und seine Erfahrung befähigten Bundespräsidenten Haab auch dazu, eine Reihe von Verhandlungen mit den Nachbarstaaten der Schweiz zu leiten und als Minister Clavarede Gesandter und bevollmächtigter Minister in Berlin.

Rom gegen Paris.

Eine kalte Dusche gegen die Pariser Verständigungsmache.

Rom, 13. Dezember.

In einer augenscheinlich inspirierten redaktionellen Bemerkung schreibt das halbamtliche „Giornale d'Italia": Wenn man einige Pariser Journale liest, so muß man glauben, daß alle Punkte der Unterredung zwischen Italien und Frankreich erschöpft seien und der Abschluß der betreffenden Verträge bevorstehe. Zu ihr, Ihr Herren Pariser. Wir raten, den Marsch zu verlangsamen. Der Ausgleich ist noch weit. Alle diese aufführlichen Pressenotizen sind das Ergebnis einer fruchtbaren Phantasie oder stammen von verstörten Indiskretionen von französischen Funktionären und Diplomaten, denen man eine größere Zurückhaltung in einer delikaten Aufgabe anraten möchte. Das „Giornale d'Italia" weist darauf hin, daß man in Italien im Gegensatz dazu äußerste Zurückhaltung bewahre und die Verhandlungen nicht durch verfrühte Veröffentlichung störe. Die Unterredung, die Grandi mit Briand und anderen verantwortlichen Leitern der europäischen Politik gehabt habe, rechtfertige keinerlei Schlußfolgerung. Es sei noch viel Zeit nötig, um zu prüfen und zu verhandeln, ehe man abschlösse.

*

In den Luganer Hotelhallen und Cafés scheint die Persönlichkeit und politische Rolle des italienischen Vertreters und Vertrauten Mussolinis, Grandi, viel besprochen worden zu sein. Kurz vor seiner Abreise nach Rom und Angora hat der italienische Staatsmann, wie berichtet wird, noch längere Zeit im Kreise italienischer Journalistengewalt geweilt, die dabei den Eindruck empfingen, daß die latenten Gegensätze zwischen Italien und Frankreich trotz neuerlicher Verhandlungen durchaus noch nicht beseitigt sind. Einige neutrale Politiker wollen sogar mit dieser Spannung die Wiederbelebung der Entente cordiale zwischen Frankreich und England in direkte Beziehung bringen. In diesem Zusammenhange ist auch die obige offiziöse Note des „Giornale d'Italia" charakteristisch, die sich scharf gegen Indiskretionen französischer Blätter über eine Verständigung mit Italien und Frankreich wendet: Das Ziel liege noch in weiter Ferne.

„Erfolge" der „Menschheit".

Der „Messagero" verdächtigt die deutsche Reichswehr.

TU Rom, 13. Dezember.

Der „Messagero" hält es für nötig, einen ausführlichen Artikel der deutschen Reichswehr zu widmen, der den Zweck haben soll, nachzuweisen, daß man Deutschland unter den rüstenden Staaten nicht vergessen soll. In dem Artikel wird behauptet, Deutschland würde in wenigen Jahren das bestausgebildete Heer Europas haben. Das Blatt stützt sich bei seinen Ausführungen auf die bekannte und ebenso berüchtigte „Menschheit" des Professor Förster.

Es ist erstaunlich, daß ein Blatt wie der „Messagero" sich nicht scheut, mit solchen abgedroschenen Behauptungen vor die italienische Oeffentlichkeit zu treten und ein Organ wie die „Menschheit" zitiert. Abgesehen davon wäre es ein bedenkliches Zeichen, wenn die italienische Presse beginnen wollte, Deutschland derartig zu beschuldigen. Dem Eingeweihten muß dadurch klar werden, daß Italien mit solchen Angriffen nur die Aufmerksamkeit von seinen eigenen Rüstungen ablenken will. Daß solche im Gange sind, wird wohl keiner leugnen, nachdem Mussolini selbst in seiner letzten Rede erklärte, Italien müsse allen Friedenspakten zum Trotz bereit sein, alle Möglichkeiten ins Auge zu fassen. Mussolini erklärte übrigens auch, daß Deutschland und Rußland die gefährlichsten Hindernisse seien, an denen die Friedenspakte scheitern könnten.

Die Saaranleihe vor dem Völkerbundsrat.

Dem Finanzkomitee zur weiteren Prüfung überwiesen.

Lugano, 13. Dezember.

In seiner heutigen Vormittagssitzung nahm der Völkerbundsrat einen Bericht des italienischen Senators Scialoja über die Auslandsanleihe des Saargebietes an. Es lag eine Mitteilung der Saaregierung vor, in dem sie ihren Beschluß mitteilt, eine Auslandsanleihe für die Durchführung einer Reihe öffentlicher Arbeiten aufzunehmen. Der Antrag der Saarregierung wurde an das Finanzkomitee zur Prüfung und Berichterstattung an den Rat auf der nächsten Tagung überwiesen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

betonte in einer kurzen Erklärung, daß die Anleihefrage wie auch die Ernennung des Mandats der Mitglieder der Saar-Regierungskommission mit einer sehr kurzen Frist auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Er verkenne keineswegs, daß in diesem Falle gewichtige Gründe für eine solche Beschleunigung gesprochen haben, und werde deshalb keinerlei Einwendungen dagegen erheben, daß heute Fragen schon heute behandelt werden. Reichsaußenminister Stresemann benutze jedoch die Gelegenheit, um dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß künftig in Fällen dieser Art, wenn irgend möglich, die Aufnahme in die Tagesordnung mit einer längeren Frist erfolgt. Dies scheine ihm, wie er hinzufügte, insbesondere deshalb angebracht, um auch der Bevölkerung des Saargebiets genügende Zeit und Gelegenheit zu geben, ihre Auffassung über die hier zu behandelnden Fragen zuerkennen zu geben. Auf diesen Punkt lege naturgemäß gerade die deutsche Regierung Gewicht. Im übrigen erklärte sich Dr. Stresemann mit dem Bericht über die Anleihefrage einverstanden, betonte aber unter Zustimmung des Rates, daß das Finanzkomitee bei der Prüfung dieser Frage auch den Gesichtspunkt zu berücksichtigen haben werde, daß die einzelnen Modalitäten der geplanten Anleihe so gestellt werden, daß sich daraus bei der allgemeinen Regelung des Saarproblems keine Schwierigkeiten ergeben.

Zur Frage der

Kontrolle der Rüstungsindustrien

nahm der Rat Kenntnis von einem kurzen Brief des Grafen Bernstorff, der als Vorsitzender des entsprechenden Sonderausschusses den Rat davon verständigte, das angesichts der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten das Mandat des Sonderausschusses noch nicht erfüllt werden konnte. — Ueber den englischen Antrag zur Einleitung einer Untersuchung in den fernöstlichen Ländern über den Verbrauch von Rauchopium soll erst während der nächsten Völkerbundsversammlung entschieden werden. Ein für diese Frage noch Lugano entsandter Vertreter Chinas teilte mit, daß seine Regierung 10 000 Franken für diese Untersuchung zur Verfügung gestellt habe.

Ferner wurde beschlossen, ein Juristenkomitee mit der Prüfung einer eventuellen Revision einzelner Bestimmungen des Statuts des Internationalen Haager Gerichtshofes zu beauftragen und dem Antrag der Internationalen Union katholischer Frauenverbände auf Vertretung in dem Völkerbundsausschuß für Kinderschutz stattzugeben. Bei der Behandlung des

Tätigkeitsberichts des Wirtschaftskomitees,

der sich mit der Frage der Erweiterung einer Kollektivaktion zur Herabsetzung der Zölle und mit den entsprechenden Vorarbeiten für Aluminium, Zement, Kohle und Zucker befaßt, gab Dr. Stresemann die Erklärung ab, daß dem deutschen Reichstag gegenwärtig der Entwurf eines Gesetzes über die Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz zur Beschlußfassung vorliege, durch den neben der Herabsetzung zahlreicher Positionen des deutschen Zolltarifs auch die Ratifikation der Abkommen über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und Beschränkungen sowie über die Ausfuhr von Häuten und Knochen durch Deutschland herbeigeführt werden soll. Er freue sich feststellen zu können, daß Deutschland diesen Wünschen des Wirtschaftskomitees bereits Rechnung getragen habe.

In geheimer Sitzung

hat der Rat die Mandate der Präsidenten der vier Investigationskommissionen Deutschland, Oesterreich, Bulgarien und Ungarn neu bestätigt. Es wurde beschlossen, daß in Zukunft die Mandate der vier Präsidenten stillschweigend weiter verlängert werden sollen, falls nicht ein besonderer Antrag von seiten einer Regierung auf Ersatz eines Präsidenten vorliegt. Gegenwärtig sind folgende Präsidenten im Amt: Deutschland: General Barratier, Oesterreich: General Calcagnia, Bulgarien: General Schuurmann, Ungarn: General Kirwan.

Ferner beschloß der Rat, die Mandate der Mitglieder der Saarregierung gleichfalls auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Der Antrag der Saarregierung auf Erhöhung der Gehälter entsprechend dem Devisenstand des Jahres 1920 wurde vom Rat genehmigt. Das Gehalt der Mitglieder der Saarregierung betrug bisher 135 000 Schweizer Franken und ist jetzt auf etwa 175 000 Schweizer Franken erhöht worden.

Heute Besprechung zwischen Stresemann, Briand und Chamberlain.

Sonnabend Abschluß der Ratstagung.

TU Lugano, 13. Dezember.

Der französische Außenminister Briand gibt als Ratspräsident am heutigen Donnerstag das übliche Pressefrühstück, an dem sämtliche 14 Mitglieder des Rates sowie die Generalsekretäre des Völkerbundes teilnehmen. Anschließend an das Frühstück ist dann die Besprechung zwischen Briand, Stresemann und Chamberlain vorgesehen, die am Mittwoch nicht stattgefunden hat.

Der Rat hält am Vormittag und Nachmittag Sitzungen ab. Es besteht die Absicht, die Ratstagung am Sonnabend zuende zu führen; es stehen jedoch noch eine große Anzahl von Fragen auf der Tagesordnung, die noch unerledigt sind, da die gestrige Sitzung ausschließlich dem polnisch-litauischen Konflikt galt, der am Freitag weiter behandelt werden soll. Am Sonnabend wird die oberschlesische Schulfrage zur Sprache gelangen.

Dr. Stresemann wird nach dem Schluß der Ratssitzung noch einige Zeit in Lugano bleiben.

Flanderns Bekenntnis zu dem „Verräter" Dr. Borms.

Wie wir berichteten, ist bei den Antwerpener Wahlen am vorigen Sonntag den seit zehn Jahren eingekerkerte Flamenführer Dr. Borms gewählt worden, ein bedeutungsvoller Sieg der flämischen Bewegung über die Regierung, die eine Ausdehnung der Amnestie auf die Flamenführer verweigerte. D. Red.

Amnestie! Amnestie! Das ist der gleiche Ruf in Flandern wie in Elsaß-Lothringen. Amnestie für Ricklin, für Rossé, für Schall und für Flandern, die Opfer des Colmarer Komplott-Prozesses, das war die wirksame Parole der letzten Volkswahlen in Elsaß-Lothringen. Amnestie für Borms, den Belgien seit zehn Jahren hinter Kerkermauern hält, war der ebenso wirksame Ruf der in den letzten Wochen den Wahlkampf in Antwerpen beherrschte und ihn am Sonntag zugunsten Borms' entschied.

Zweihundert Angehörige zahlreicher Nationen, unter ihnen die Herausgeber großer englischer Zeitungen und Zeitschriften, ferner Männer wie Romain Rolland und Galsworthy und die Schweizer Adolf Keller und Ernst Zahn, hatten vor zehn Monaten dem belgischen Parlament eine Eingabe überreicht:

„Wir unterzeichneten Bürger aller Nationen, nicht durch unfreundliche Gefühle gegen Belgien bewogen, aber um eines guten internationalen Geistes willen, legen Berufung bei Ihnen ein, daß an Dr. Borms und die andern verurteilten flämischen Führer völlige Amnestie verliehen werde."

Diese Eingabe ist ohne Wirkung geblieben. Aus dem gleichen Haß heraus, der die französischen Nationalisten gegen die heimattreuen Elsaß-Lothringer beseelt und sie unzugänglich für die einfachsten Ueberlegungen der Vernunft macht, haben auch die belgischen nationalistischen Kreise diesem Ruf der Menschlichkeit einen Widerhall versagt. Das wird sich an ihnen und ihrer Sache ebenso rächen, wie sich die verweigerte Amnestie für die Colmarer Opfer an der französischen Idee bereits gerächt hat. Es sei denn, daß die belgische Kammer demnächst klüger handelt als die Pariser Kollegen im Falle Ricklin-Rossé.

Für die innere Klärung im flämischen Lager selbst wird der Erfolg von Antwerpen größte Bedeutung erlangen. Ueberraschende Gleichheit mit elsässischen und lothringischen politischen Verhältnissen zeigt sich ja auch darin, daß ein Teil der flämischen Führer immer wieder aus „Loyalität" oder um des vermeintlichen „katholischen Interesses" willen vor notwendigen Entscheidungen zurückweicht oder im entscheidenden Augenblick umfällt. Die Wahl von Antwerpen wird da wohl ebenso gur Scheidung der Geister führen, wie es im Elsaß in diesem Frühjahr die zunächst unscheinbare Gemeinderatswahl von Hagenau in ihrer Auswirkung getan hat. Es wird sich nun deutlich zeigen, wer zum Volke und zur flämischen Sache steht, und wer gegen sie ist. Die flämische Presse, die seit etwa einem Jahre die elsaß-lothringischen Ereignisse genau beobachtet, ist bemüht, für den eigenen Kampf aus ihnen zu lernen. Umgekehrt haben auch die heimattreuen elsaß-lothringischen Blätter mit steigendem Verständnis Flanderns Ringen verfolgt. Die Wahl Dr. Borms' ist von einer Reihe elsässischer katholischer Blätter, auch von Dr. Haegys „Elsässer Kurier", gebührend eingeschätzt worden.

Die stets lebendige und national leidenschaftliche französisch-sprachige Presse vereinigt dagegen ihren Abscheu gegen die flämischen „activistes", die „flamingants" mit den Zornausbrüchen der französisch-belgischen Blätter. Am raschesten war bezeichnenderweise das Straßburger „Journal de l'Est" auf dem Posten, das nicht nur seine finanzielle, sondern auch seine ideelle Nahrung aus den fetten Töpfen der französischen Propaganda schöpft, und das eine enge Freundschaft mit den sog. „Belgier"-Vereinen im Elsaß verbindet, also den anti-flämischen belgischen Franzosslingen. Das Blatt schäumte vor Wut über diese Wahl, „die einen Skandal hervorruft" (bei wem?). „Der Verräter Borms ist zum Abgeordneten von Antwerpen gewählt worden," er, der „Frontparteiler", Aktivist und Flamingant", „der Elende", „der nur durch die zum Mitleid stimmende Siegesfreude der Hinrichtung entging". Und doch habe sich dieser Borms während der deutschen Besetzung wie ein Bandit („comme un bandit") benommen und z. B. im Mai 1917 im Rat von Flandern erklärt: „Die Deutschen müssen siegen. Vom deutschen Sieg hängt das Schicksal Flanderns ab." Son ein „vilain individu", so ein „elender Kerl", sei dieser Borms.

Hat man denn bei den belgischen Propagandastellen noch immer nicht gemerkt, daß man mit solchem Hetzen nichts erreicht? Das elsaß-lothringische Volk steht zu den „deutschen Agenten" Ricklin, Rossé, Schall, zu den „Deutschenfreunden" Dahlet, Broqin, Haegy, obwohl sich die Feinde des Autonomismus die Hälfe gegen sie wund geschrien haben. Will man nun die Flamenführer mit dieser gleichen stumpfen Waffe bekämpfen? Das natürliche Recht ist bei jedem Volke, das um seine Vergangenheit und seine Zukunft opferbereit kämpft.

Vielleicht lassen sich die Drahtzieher der französischen und belgischen Propaganda einmal von ihrem Freunde Masaryk, dem heutigen Präsidenten der tschechoslowakischen Republik, eine kleine Vorlesung über „Verrat" halten. Sie könnten da manche Lehre erfahren.